Spendenaufruf des *Vereins zur Förderung der Sozialklinik Kalamata / Griechenland e.V.*

Wir wollen Selbsthilfe unterstützen. Griechische Ärzte betreiben ehrenamtlich Solidarkliniken und -ambulatorien. Sie versorgen Menschen kostenlos, die keine medizinische Hilfe finden bzw. diese nicht finanzieren können. Sie versorgen Bedürftige mit Medikamenten und impfen kostenlos.

Spendenkonto des Vereins: IBAN DE60 2802 0050 1302 6075 00

Kontakt: sozialklinik-griechenland@web.de

Webseite: *http://foerderverein-sozialklinik-kalamata.de/*

Griechenland: weiterhin Sparen auf Kosten der Armen?

Die EU verweigerte den Schuldenschnitt. Unter Corona wird die Staatsschuld nun riesengroß. Rückzahlungen und neue Kredite bedingen hohe Steuern und geringe Sozialausgaben.

Eine konservative Regierung bedeutet nicht das Ende der Krise

Das Bruttoinlandsprodukt ist immer noch um ein Viertel geringer als 2008. Damals machten die Anlageinvestitionen 21 % aus, 2019 waren es 13 %. Die meisten Unternehmen kämpfen immer noch mit den Folgen der Krise. Griechische Banken vergeben kaum neue Darlehen, über 40 % ihrer Kredite werden nicht mehr bedient. Nur der Fremdenverkehr wuchs 2019 noch spürbar und schuf neue Arbeitsplätze, allerdings meist in Teilzeit für geringen Lohn. Mit der Coronakrise ist er vollständig eingebrochen.

Weiter Sparen auf Kosten der Grundversorgung - bis 2060?

Kürzungen und Steuererhöhungen für die Bevölkerung sollen weitgehend fortbestehen: 24 % Mehrwertsteuer, ca. 35 % der Gesundheitsaufwendungen zahlen Patienten selber. Die Regierung Mitsotakis senkte dagegen Unternehmens- und Immobiliensteuern, halbierte den Steuersatz auf Dividenden. Der neue Gesundheitsminister nahm MigrantInnen das Recht auf kostenlose Behandlung in staatlichen Krankenhäusern und droht, diese Maßnahme auf alle Nichtversicherten auszudehnen.

Schwächung der Gewerkschaften, Lohnsenkung

Bis 2010 gab es Tarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Durch Auflagen der Gläubiger wurde diese Allgemeinverbindlichkeit aufgehoben. Nachbindung und Umfang der Nachwirkung von Tarifverträgen wurden beschränkt. Direkte Eingriffe in Tarifverträge für den öffentlichen Dienst wurden erlaubt, um vereinbarte Löhne zu senken.

Folgen: über eine halbe Million Beschäftigte in Teilzeit- oder „flexiblen“ Arbeitsverhältnissen mit unter 400 €. Oft arbeiten Teilzeitbeschäftigte dennoch Vollzeit. Ca. die Hälfte der Angestellten in der Privatwirtschaft verdient weniger als 800 €, 15 % weniger als 499 € – bei einem Preisniveau wie in Deutschland. Gleichzeitig ist der Alltag teurer geworden, vor allem nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 24 %. Dazu kamen Extrasteuern, etwa für Kaffee oder Bier.

Einkommenssenkung, keine Sozialhilfe . . . und Kontenpfändungen

Die Coronakrise verursacht Arbeitslosigkeit von über 20 %, Beschäftigte arbeiten abwechselnd für halben Lohn. 66 % der GriechInnen erwarten weitere erhebliche Einbußen. Rund 400.000 GriechInnen verließen das Land während der Finanzkrise. Nur ca. ein Zehntel der Arbeitslosen erhält eine Unterstützung - 350 bis 450 € für maximal ein Jahr. Ohne Unterstützung gibt´s keine Krankenversicherung.

Unter der EU-Agenda sanken die Einkommen um 38 %. Eineinhalb Mio. Menschen haben weniger als 4.500 € im Jahr, über ein Drittel der Bevölkerung hat wenig mehr. Für 29 % war 2018 Heizen zu teuer, die Ernährungsunsicherheit verdoppelte sich auf 14 %.

Die Renten wurden durchschnittlich um 45 % gekürzt. Doch fast die Hälfte der Haushalte gab an, ihre Haupteinkommensquelle sei die Rente eines Haushaltsmitglieds, obwohl 40 % der Rentner weniger als 660 € erhalten.

2 von 3 Griechen haben Schulden beim Staat. Milliarden Euro an Kassenbeiträgen stehen aus. September 2019 drohten 1,2 Mio. Steuerpflichtigen Kontenpfändungen. Sozialhilfe gibt es nicht.

Webseite der Sozialklinik in Kalamata:
http://dikalkal.wordpress.com/foreigners/german/